

# Vorschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **121 (1995)**

Heft 23

PDF erstellt am: **21.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Blick will Stich in die Wüste schicken

Die Kampagne der helvetischen Blut- und Boden-Postille *Blick* gegen Finanzminister Otto Stich geht weiter. Obwohl sich die vom *Blick* vorletzte Woche ins Land posaunten Rücktrittsforderungen bürgerlicher Politiker in der *Arena* des Schweizer Fernsehens verflüchtigten, geben sich die Polterer des Kanonenblattes nicht geschlagen und doppel mit weiteren «Schlagzeilen» nach: «Freisinn will Stichs Departement» hiess es am letzten Montag (nachdem sich wohl kein Bürgerlicher mehr finden liess, der die Rücktrittsforderung unterstützen mochte), und anlässlich der Bundesratswahl wollen die Stimmungsmacher aus dem Ringier-Pressehaus noch gröberes Geschütz auffahren: «Volk fordert: Stich soll unter *Blick*-Schutzaufsicht gestellt werden. Setzt Bundesrat *Blick*-Politichef Zbinden als unabhängigen Berater ein?»

## Gegenwind für Nicht-raucherlobby

Die Arbeitsgemeinschaft Tabakmissbrauch erhält Gegenwind. Seit die Nichtraucher-Organisation mit dem irreführenden Namen letzte Woche verlangt hat, auf jeder Zigarette sei eine Sondersteuer von einem Rappen zu erheben, damit

der Staat entschädigt werde für die hohen sozialen Kosten der Raucherei, hat sich am letzten Mittwoch, dem internationalen Tag des Nichtrauchens, in Bern eine Gegenlobby gebildet, die schweizerische Arbeitsgemeinschaft gegen den Tabakmissbrauch. Ihr Ziel: «Raucher sollen nicht stärker zur Kasse gebeten werden, es sei denn, die Folgekosten anderer Risiken wie Autofahren, Gleitschirmfliegen, Stress am Arbeitsplatz etc. würden vom Staat ebenfalls via Sondersteuer abgeschwächt.»

Wenn die Raucherinnen und Raucher bestraft würden für ihr gesundheitsschädigendes Laster,

müsse das Verursacherprinzip generell angewandt und alle Kosten auf die Auslöser verteilt werden, fordert die Tabaklobby, ansonsten von den Nichtraucher-Organisationen tatsächlicher Tabakmissbrauch betrieben werde: «Tabak wird angepflanzt, damit er geraucht werden kann, und nicht, um die marode Alters- und Hinterlassenenversicherung zu finanzieren oder sonstige Aufgaben des Staates», moniert die Vereinigung und spricht ihrerseits eine Drohung aus: «Wenn diese Sondersteuer kommt, werden wir uns dafür einsetzen, dass Raucherinnen und Raucher höhere Renten

erhalten, weil sie mehr AHV-Beiträge einbezahlt haben und weil ihnen auch die AHV-Guthaben jener Versicherten zustehen, die an den Folgen des Tabakkonsums vor Erreichen des 62. respektive des 65. Altersjahres gestorben sind.»

## Zürcher Stadtrat ist keine Regierung

Der Zürcher Stadtrat ist keine Regierung. Zu diesem Schluss gekommen ist der Regierungsrat des Kantons Zürich. «Im Prinzip», schreibt er, «kann in sämtlichen Bereichen der Zürcher Stadtpolitik übergeordnetes Recht angewandt werden, weshalb wir dem Zürcher Stadtrat ab sofort sämtliche Kompetenzen als Stadtregierung absprechen und sie nur mehr als Vollzugsbehörde regierungsrätlicher Sonderbeschlüsse betrachten». Ähnlich verfahren will der Zürcher Regierungsrat auch mit den Stimmberechtigten der Stadt Zürich. Sollten ihre Beschlüsse dem Willen der konservativeren Landbevölkerung widersprechen, wird sie die Kantonsregierung gnadenlos ausser Kraft setzen – unter Berufung auf übergeordnetes Recht und Interesse. «Schliesslich», so ein Sprecher, «ist Zürich Kantonshauptstadt und somit vor allem unser Regierungssitz».

## VORSCHAU

**Es ist heiss. Der Sommer ist schon voll im Gang, und das heisst, Hinaus an die Sonne, ins Wasser. Aber Vorsicht: it's not cool, sondern äusserst gefährlich. In der Schweiz wird nicht nur gerne gebadet, es wird auch fleissig ertrunken. Wieso, das verrät ihnen nächste Woche Badespezialist Peter Stamm. Sollten Sie sich vor dem Ertrinken fürchten, schlagen wir Ihnen vor, in Ruhe am Schatten zu bleiben. Und Kaffee zu trinken. Die Schweizer Armee wird's ihnen danken.**

